



UNITI Bundesverband
mittelständischer
Mineralölunternehmen e.V.

Berlin, 14. Juli 2021

Pressemitteilung

„Fit für 55“: Äußerungen von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in deutlichem Missverhältnis zur CO₂-Regulierung der EU-Kommission

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich in der heutigen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung zur Zukunft des Verbrennungsmotors im Kontext der europäischen Klimapolitik geäußert. Für UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. stehen die von ihr getätigten Aussagen in einem deutlichen Missverhältnis zu den aktuellen regulativen Plänen der EU-Kommission, die eine einseitige Elektromobilitätslösung für Pkw vorsehen.

SZ-Interview sorgt für Wirbel

In einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 14.07.2021 hat sich Ursula von der Leyen auf die Frage, ob es ein gesetzlich festgelegtes Datum für den Ausstieg aus dem Verbrenner braucht, wie folgt geäußert: „[...] Wir werden dennoch einen zeitlichen Rahmen vorgeben, bis zu dem alle Autos emissionsfrei sein müssen. Sonst fehlt Planungssicherheit, und wir werden die Klimaneutralität bis 2050 nicht erreichen. Wie sie ihre Produktion verändern, bleibt den Herstellern aber selbst überlassen. Die wissen am besten, wie man neue Autos oder neue Kraftstoffe entwickelt.“

UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn sagt dazu: „Es wäre in der Tat schön, wenn die Politik lediglich das Ziel der Klimaneutralität vorgibt und es den Herstellern selbst überlässt, wie dieses ambitionierte Vorhaben am besten umgesetzt werden kann. Nur leider stehen diese Aussagen von Frau von der Leyen in einem deutlichen Missverhältnis zur CO₂-Regulierung ihrer eigenen Kommission. Die Regulatorik ist im „Fit für 55“-Paket der EU so angelegt, dass Verbrenner de facto von den Straßen verschwinden werden und ausschließlich batteriebetriebene Fahrzeuge oder Kfz mit Brennstoffzelle am Markt verbleiben werden.“ Kühn weiter: „Es ist daher unsäglich, zu behaupten, den Herstellern sei es selbst überlassen, wie sie ihre Produktion ändern und neue Autos oder neue Kraftstoffe entwickeln, wenn man genau das über die Regulatorik verhindert.“

Gezielte Benachteiligung der Alternativen zur E-Mobilität

So werden etwa synthetische E-Fuels, mit denen Verbrenner ohne technische Anpassungen klimaneutral unterwegs sein können, vom Gesetzgeber weiterhin wie fossile Kraftstoffe behandelt und damit gegenüber der Elektromobilität stark benachteiligt. Unter anderem sind klimaneutrale E-Fuels, anders als der Ladestrom für die Elektromobilität, weiterhin nicht anrechenbar auf die CO₂-Flottenziele der Fahrzeughersteller. Beim Überschreiten dieser Ziele drohen den Herstellern horrende Geldstrafen. „Kein Wunder also, dass immer mehr Fahrzeughersteller den Ausstieg aus dem Verbrenner in Europa verkünden und in die Sackgasse Elektromobilität getrieben werden. Und das, obwohl ein Verbrenner-Pkw mit klimaneutralen E-Fuels wesentlich besser für das Klima wäre als ein E-Auto, das mit Ladestrom

aus Deutschland angetrieben wird, bei dem im Strommix bilanziell weiterhin die fossilen Energien dominieren“, sagt Elmar Kühn.

Über UNITI:

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. repräsentiert rund 90 Prozent des Mineralölmittelstandes in Deutschland und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, im Wärmemarkt und bei Schmierstoffen. Täglich kommen über drei Millionen Kunden an die rund 6.000 Straßentankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen. Rund 70 Prozent der freien Tankstellen und rund 40 Prozent der Straßentankstellen sind bei UNITI organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Heizöl, einem der wichtigsten Energieträger im Wärmemarkt. Rund 80 Prozent des Gesamtmarktes beim leichten Heizöl und bei den festen Brennstoffen bedienen die Verbandsmitglieder. Auch regenerative Energieträger sowie Gas und Strom gehören zu ihrem Sortiment. Ebenso zum Verband zählen die meisten unabhängigen mittelständischen Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland. Ihr Marktanteil liegt bei etwa 50 Prozent. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 35 Milliarden Euro und beschäftigen rund 80.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt:

Alexander Vorbau, M.A.

Leiter Kommunikation

Tel.: (030) 755 414-520

E-Mail: vorbau@uniti.de

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V.